

Erhebt wöchentlich zweimal mit illust. Sportblatt „Der Welt-Spiegel“, „Moden-Spiegel“, „Kunst-Spiegel“, „Technische Rundschau“, illustrierte Film-Zeitung, „Photo-Spiegel“, „Ull“, „Haus Hof Garten“ und „Jugendspiegel“, jede Woche Musik. Bezugspreis wöchentlich 1,20 monatlich 3,60 einschließlich Zustellung durch die Hauptpostanstalt in Österreich, Tschechoslowakei, Ungarn, der Schweiz, Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Letland, Litauen, Estland, für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die Expedition Kaiser-Friedrich-Str. 49, Niederschlesische Briefkasten 22, Pankow-Bombener Str. 1, Schwanen-dorf, Brestle Str. 3, Schönberg, Hauptstr. 23/24, Martin-Luther-Str. 9, Spandau, Bote Str. 47, Steglitz, Schlossstr. 32, Tegeler Berliner Str. 12, Tempelhof Berliner Str. 147, Treptow, Kottbus-Str. 7, Weissenhof, Berliner Allee 207 (Antonplatz), Wilmersdorf Kaiserplatz 13, Uhlandstr. 85, in der Provinz: Brandenburg a. d. Havel Hauptstr. 4, Bredow, Schwandorfer Str. 3, Frank-furt a. d. Oder, Regierungsstr. 46, Potsdam, Brandenburg Str. 29, Sieding, Mönchestr. 41



Insertion- und Abonnements-Annahme in Berlin: Hauptexpedition SW 13, Jerusalem-Strasse 48-49, Filialen: Badstr. 61, Blücherstr. 69, Fennestr. 1, Fildiner Str. Frankf. Allee 296 u. 304; Grefenwälder Str. 167; Gr. Frankf. Str. 101; Kochhausstr. 9; Königstr. 19; Köpenicker Str. 67/68; Moritzplatz; Mühlent. 133; Potsdamer Str. 33; Rathenower Str. 3; Rheinberger Str. 73; Rosenstraße 48; Schiffbauerdamm 4; Schönhauser Allee 144; Turmstr. 61; Wiener Str. 1-6; Zimmerstr. 58; Charlottenburg: Kaiserdamm 29; Kanitz 34; Nürnberger Str. 25/26; Scharrnstein 20; Tautenkamp 24; Frankfurter Allee 241; Lichtenfelde-West: Carlstr. 12; Neuhölln Berliner Str. 41; Hermannstr. 40/41; Kaiser-Friedrich-Str. 49; Niederschlesische Briefkasten 22, Pankow-Bombener Str. 1, Schwanen-dorf; Brestle Str. 3; Schönberg, Hauptstr. 23/24, Martin-Luther-Str. 9, Spandau, Bote Str. 47; Steglitz, Schlossstr. 32; Tegeler Berliner Str. 12; Tempelhof Berliner Str. 147; Treptow, Kottbus-Str. 7; Weissenhof, Berliner Allee 207 (Antonplatz), Wilmersdorf Kaiserplatz 13, Uhlandstr. 85, in der Provinz: Brandenburg a. d. Havel Hauptstr. 4, Bredow, Schwandorfer Str. 3, Frank-furt a. d. Oder, Regierungsstr. 46, Potsdam, Brandenburg Str. 29, Sieding, Mönchestr. 41

Berliner Tageblatt

Nr. 357 Ausgabe für Berlin und Handels-Zeitung 77. Jahrgang Dienstag, 31. Juli 1928

Aussenpolitische Debatte im Unterhaus.

Englisch-französischer Seeabrüstungs-Vorschlag.

Chamberlain über Englands Stellung zum Kellogg-Pakt.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

O LONDON, 30. Juli.

Anfragen verschiedener Mitglieder führten heute im Unterhaus zu einer grossen aussenpolitischen Debatte mit Erklärungen des Aussenministers über Kellogg-Pakt, Abrüstung, China, Aegypten und anderes. Die Sensation der Sitzung war die Mitteilung Chamberlains, dass in der Abrüstungsfrage seit einiger Zeit zwischen England und Frankreich Verhandlungen im Gange gewesen seien, die jetzt erfolgreich abgeschlossen seien. „Ich bin“, sagte der Minister, „gerade im Begriff, den anderen Mächten das Kompromiss mitzuteilen, in der Hoffnung, dass es auch von ihnen angenommen werden kann, womit ein grosses Hindernis aus dem Wege zur Abrüstung geräumt sein würde.“ Es handelt sich in erster Linie um einen Flottenabrüstungsplan. Vor dessen Mitteilung an die anderen Mächte sei er aber noch nicht in der Lage, nähere Erklärungen über sie abzugeben. Die erste ernsthafte Debatte dieser Vorschläge werde von dem Abrüstungskomitee des Völkerbundes in Genf vorgenommen werden.

Chamberlain bemerkte dabei, er nehme zu der Abrüstungsfrage getrennt von dem Kellogg-Pakt Stellung, weil ihr das Abrüstungsproblem jedenfalls auch ohne den Kellogg-Pakt beschliffen haben würde. Er hoffe, dass es in der nächsten Sitzung der Abrüstungskonferenz möglich sein werde, ein Kompromiss zwischen den verschiedenen Ansichten der einzelnen Delegierten zu finden.

Die Debatte wurde durch den liberalen Abgeordneten Crawford eröffnet, der sagte, das ganze Unterhaus begrüesse auf das lebhafteste die Annahme der Kellogg'schen Vorschläge durch Sir Austen Chamberlain. Es sei bekannt, dass der Aussenminister tiefe Bewunderung und Zuneigung für die französische Nation hege. Dies dürfe das Unterhaus aber nicht abhalten, den Aussenminister zu ersuchen, die Interessen Englands in erster Linie wahrzunehmen.

Der Abgeordnete Crawford wünschte sodann noch zu wissen, inwieweit die Rheinlandfrage durch die Unterzeichnung des Kellogg-Paktes berührt werden würde. Glaube der Aussenminister nicht auch, dass es nur gut sein würde, wenn die Truppen vor Ablauf der festgesetzten fünfzehn Jahre aus dem Rheinland zurückgezogen werden würden? Der Redner verlangte dann eine sorgfältige Erklärung über die bekannte Stelle der britischen Antwort an Kellog, in der es heisst, dass die britische Regierung ein Eingreifen in gewisse Regionen der Welt unmöglich dulden können. Schliesslich ersuchte er Chamberlain, mitzuteilen, welche Rückwirkungen sich die britische Regierung von der Unterzeichnung der Kellogg'schen Vorschläge für die weitere Abrüstung der Welt verspreche. Der Sprecher der Arbeiterpartei, Trevelyan, unterstützte den Standpunkt des liberalen Redners. Er betonte, dass die Arbeiterpartei bedauere, dass die Regierung den Kellogg-Pakt nicht ohne Vorbehalte angenommen habe. Wenn England von der Achtung des Krieges wirklich überzeugt sei, so stehe der Abrüstung kein Hindernis mehr entgegen.

Hierauf erhob sich Aussenminister Chamberlain.

Er sprach zunächst über die britische Politik gegenüber China und Aegypten (siehe den Bericht hierüber auf Seite 2. Die Red.), und er wandte sich dann der Abrüstungsfrage und dem Kellogg-Pakte zu. Er gab sogleich die oben wiedergegebene Erklärung über die neue Vereinbarung mit Frankreich ab und ging dann auf die Vorwürfe ein, die ihm wegen seiner Antwort auf die Kellogg'schen Vorschläge gemacht worden seien. Diese Vorwürfe, namentlich der, dass er Kellogg zu spät geantwortet habe, seien unberechtigt. Kellogg habe Briand erst nach sechs

Monaten geantwortet. Man könne der britischen Regierung unmöglich einen Vorwurf machen, wenn sie einen so wichtigen Vorschlag, wie den Kellogg'schen, sorgfältig prüfe. Sie habe sich zunächst vergewissern müssen, dass der von Kellogg vorgeschlagene neue Pakt nicht den früheren von England übernommenen Völkerbunds- und Locarno-Verpflichtungen widerspreche und dass alle Unterzeichner jener Verträge den amerikanischen Pakt auch wirklich zur Achtung des Krieges unterzeichnen. In Bezug auf das Recht der Selbstverteidigung verwies der Aussenminister das Unterhaus auf jene Erklärung Kelloggs, indem dieser betonte, dass jeder souveräne Staat die Freiheit habe, sein Gebiet gegen einen Angriff zu verteidigen, und dass jeder Staat allein das Recht habe, zu entscheiden, wann ein Krieg eine Selbstverteidigung gebiete. Ebenso habe die amerikanische Regierung, indem sie ihren Vorschlag machte, nicht beabsichtigt, ihre Politik bezüglich der Monroe-Doktrin aufzugeben oder abzuändern. Auch in den letzten Schiedsgerichtsverträgen, die die amerikanische Regierung abgeschlossen habe, habe sie sich die Entscheidung in allen Fragen bezüglich der Monroe-Doktrin vorbehalten. Er glaube, dass es nicht gut sei, den britischen Vorbehalten ein so übertriebenes Misstrauen entgegenzubringen. Die britische Doktrin sei durchaus mit der von der amerikanischen Regierung aufgestellten Doktrin vergleichbar. Es sei aber keine aggressive Doktrin, sie entspreche nicht dem Wunsche nach Expansion, sondern sie sei lediglich als Massnahme zur Selbstverteidigung gedacht, die durch die geographische Lage des britischen Weltreichs bedingt werde. Er hoffe jedenfalls in der Lage zu sein, Ende nächsten Monats nach Paris zu reisen, um dort im Namen Englands den von der amerikanischen Regierung vorgeschlagenen Pakt zu unterzeichnen.

Chamberlain warnte sodann davor, an den Kellogg-Pakt zu grosse Hoffnungen zu knüpfen. Niemand könne heute wissen, welche Rückwirkungen er zeitigen werde.

Er könne von grösster Bedeutung, aber ebenso gut auch von geringer Bedeutung für den Fortschritt der Welt sein. Es sei aber ein Zeichen der Zeit, dass ein solcher Vorschlag vorgebracht und von allen Mächten begrüsst werden könnte.

Der Aussenminister verneinte es, auf die Anfrage bezüglich der Rückwirkungen der Unterzeichnung des Kellogg-Paktes auf die Rheinlandfrage einzugehen.

Er wiederholte lediglich in den bekannten Wendungen den grossen Wert der Locarno-Verträge für die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen in Europa und den Wert der deutschen Mitarbeit im Völkerbund. Der Aussenminister schloss seine Ausführungen unter grossem Beifall mit folgenden Worten: „Wenn die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten sich hinter ihren eigenen Pakt stellt, dann wird die Unterzeichnung dieses Vertrages sicherlich eines der wertvollsten Sicherungen für den Frieden sein.“ Die britische Regierung hoffe, dass dies der Fall sein wird, und in diesem Geiste ist sie gern bereit, mit der amerikanischen Regierung zusammenzuarbeiten, um ihren Vorschlag zu verwirklichen.“

Nach dem Aussenminister sprach noch kurz Lloyd George und Ponsoby. Lloyd George machte den Aussenminister darauf aufmerksam, wie gefährlich es sei, ohne genaue Definition für England auch eine Art von Monroe-Doktrin zu prägen. Der Aussenminister wies unbedingt noch bekanntzugeben, was er alles unter jener Klausel verstehe, die durchaus geeignet sei, seinen Hoffnungen in Bezug auf den Kellogg-Pakt grossen Abbruch zu tun. Sodann bedauerte er lebhaft, dass man auch nicht von Russland verlangt habe, die Verpflichtung zu übernehmen, in Zukunft keinen Krieg zu führen. Ohne die Beteiligung Sowjetrusslands sei an eine wirkliche Abrüstung nicht zu denken. Verträge seien sehr schön, aber selbst die Locarno-Verträge hätten weder die Räumung der Rheinlande noch die erwartete Abrüstung zur Folge gehabt.

Japan, China, Amerika und die Mandschurei.

Von unserem Korrespondenten Universitätsprofessor Dr. Theodor Sternberg.

TOKIO, Anfang Juli.

Es hat schon manchmal so ausgesehen, als ob Japan China ganz in der Hand hätte. Und dann wieder, als ob Japan machtlos habe weichen müssen und sich eine vernichtende und hoffnungslose Niederlage geholt habe. Beides war nie von Dauer und immer nur Schein. Japan hat durch alle Rückschläge hindurch stetig seine Position gestärkt und verbessert. Das war lange gar nicht zu erkennen. Heute sieht man es. Die japanische Politik erklärt jetzt mit voller Bestimmtheit: „Wir haben in China Sonderinteressen kraft unserer geographischen Lage. Wir sind auch gewiss, dass jede Macht das sieht und keine uns hineinreden wird. Wenn eine Macht darin anders denken sollte, so würden wir dem keinen Eindruck auf uns verstaften können.“ Diese Erklärung ist von der gesamten Presse, wie bitter sie sonst auch Tanaka bekämpft, einstimmig begrüsst, und hinter ihr steht bis tiefsten in die sozialistischen Reihen hinein die gesamte öffentliche Meinung Japans.

In angelsächsischen Zeitungen liest man: es scheint, dass Japan in kurzem sein Protektorat über die Mandschurei erklären wird. Nein! Ein „Protektorat erklären“ wird Japan ebensowenig wie eine Annexion. Tanaka hat „nur“ erklärt: wenn der Bürgerkrieg nach der Mandschurei hinüberspielt, entworfen wird das Nordmeer und das Südmeer, beide.

Das heisst auf gut deutsch: das Protektorat ist ja längst perfekt. Zehn Jahre Weltpolitik hindurch nannte man das in einem berühmten und berichtigten Präzedenzfall „pénétration pacifique“. In der Tat: lang ist die Situation herangereift. Japan kann daran erinnern und erinnert nachdrücklich daran, dass es um die Mandschurei gegen Russland einen furchtbar opfervollen Krieg gekämpft. Sollen Menschen und Geld umsonst veran sein? Täglich betont das heute die japanische Presse. Hier klappt der Gegensatz zwischen Japan einerseits, China und Amerika anderseits.

Wie die Entwarnungsdrohung im Fall Betretens der rein chinesischen Mandschurei mit ihren 30 Millionen Einwohnern auf Arme und Volk in China wirkt, vermag jeder sich auszumalen. Keine Nation, die noch irgendeinen Rest von Selbstbewusstsein hat, kann Derartiges verschmerzen. 1913-Stimmung gegen die Japaner. Einen gewaltigen Ruck vorwärts gab diese Drohung Japans dem chinesischen Einheits- und Nationalgefühl. So empört sich heute ganz China gegen „Tanakas Napoleonismus“ — ein Schlagwort, das für innerpolitischen Gebrauch sogar in Japan Eingang fand. Aber diese Empörung ist nach Tanakas Rechnung ohnmöglich und soll es bleiben. Irgendeinen anderen aussenpolitischen Gesichtspunkt kennt dieser klar und grosszügig denkende Politiker nicht.

Amerika sagt: Ihr beruft euch auf den Krieg gegen Russland? Wir waren bei dem Geschäft beteiligt. Euer Siegespreis waren Korea und die Pachtungen. Japan erwidert: Wir verteidigen in der Mandschurei unsere Existenz, durch eure ungerechten Einwanderungsgesetze vom Lebensraum für unser darbenendes und schnellzunehmendes Volk abgedrängt. Ihr seid reich, ihr seid glücklich; bei uns beträgt das Volksvermögen keine 1000 Dollars auf den Kopf, bei euch hat jeder zehnte Mensch sein Auto. Schämt ihr euch nicht? Die chinesische, die geordnete, die blühende, 30 Millionen ernährende Mandschurei, wer hat sie zu dem gemacht, was sie ist? Ihr Europäer, Amerikaner, ihr Chinesen, ihr macht heute umfangreiches Geschäft mit der Mandschurei — doch nur durch unser Verdienst. Und da wollt ihr, ungerechte Amerikaner, unsere Macht, die allein eure schönen Einnahmepositionen verbürgt, lahmliegen, und brüllt ihr undankbaren Chinesen gegen uns euer „Schlag sie tot, das Weltgericht fragt nach euren Gründen nicht!“ Es ist Zeit, dass wir einmal wieder deutlich und treu japanisch zu euch reden. Wir haben die Rechte